

150 000 Menschen ums Leben gekommen, 38 000 Verschwundene wurden registriert und eine Million Menschen wurde zu Flüchtlingen oder im Lande selbst Entwurzelt.

Im September 1993 ernannte Präsident de León Carpio die Regierungskommission für die Weiterführung der Friedensverhandlungen mit der guatemaltekischen Guerilla der URNG (Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca). León Carpio selbst hatte sich bis vor seiner Wahl an den Friedensverhandlungen beteiligt. Am 30. März 1990 hatten in Oslo die ersten Verhandlungen begonnen; die letzten Gespräche fanden am 23. März 1993 in Mexiko-Stadt statt. UN-Beobachter haben an den verschiedenen Runden teilgenommen. Die Verhandlungen wurden bis jetzt von Bischof Rodolfo Quezada Toruño geleitet. Nach der Unterzeichnung der Friedensverträge von El Salvador zeigt sich bei der Guerilla deutlich die Tendenz, sich an diesen Verträgen zu orientieren, während die Regierungsseite die Forderungen der Guerilla bisher für überzogen gehalten hat.

Die Hauptverhandlungsthemen sind ein Menschenrechtsabkommen, das durch eine internationale Beobachtermission – ähnlich der ONUSAL – verifiziert werden soll, ein Friedensvertrag, die Säuberung der Armee von den in Menschenrechtsverletzungen involvierten Offizieren, die Reduzierung der Streitkräfte um die Hälfte, die Bildung einer 'Kommission der Vergangenheit' mit internationalen Persönlichkeiten – ähnlich der 'Kommission der Wahrheit' El Salvadors –, soziale und wirtschaftliche Reformen, die Entwaffnung der Guerilla und deren Wiedereingliederung, die Rückkehr der Flüchtlinge und die Abhaltung freier Wahlen unter Beteiligung aller politischen Kräfte. Die Regierung von Präsident Jorge Serrano und die Guerilla hatten sich auf Dezember 1994 für den Abschluß des Friedensvertrages geeinigt. Alle Phasen der Friedensgespräche und der Durchführung der auszuhandelnden Verträge sollen von internationalen Beobachtern, darunter den UN, begleitet beziehungsweise verifiziert werden. Die Guerilla hat auch die Partizipation von Vertretern der Landarbeiter, der Gewerkschaften und ethnischen Minderheiten an den Verhandlungen gefordert.

Die Erfahrungen mit der ONUCA, der ONUSAL, der Wahlbeobachtung durch die ONUVEN und der langjährigen Flüchtlingsarbeit sowie das Prestige der UN in dieser Region bieten eine gute Basis für die Durchführung von friedensschaffenden und friedenserhaltenden Maßnahmen in Guatemala. So findet unter Leitung der UN die Repatriierung der Flüchtlinge aus Nicaragua, El Salvador und Guatemala statt, die während des Konflikts nach Costa Rica, Honduras, Mexiko und Belize geflohen waren. Der UN-Einsatz sieht auch die Wiedereingliederung von ehemaligen Guerilleros und Soldaten in Nicaragua und El Salvador vor.

Menschenrechte

Ein zentrales Thema im gesamten Mittelamerika sind die Menschenrechte. Ein großer Teil der Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen auf der internationalen wie der regionalen Ebene beruht auf ihrer engagierten, gründlichen und kontinuierlichen Menschenrechtsarbeit. Die UN verfolgen seit Anfang der achtziger Jahre systematisch die Menschenrechtslage in den Staaten der Region. Diese Arbeit vollzieht sich auf mehreren Ebenen, bei denen die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, der UNHCR und ONUSAL mitwirken. Nicht zuletzt die UN-Berichte waren den Regimes in El Salvador und Guatemala während der achtziger Jahre ein Dorn im Auge, denn die Einschränkung von Menschenrechten beeinflusste oft die Entwicklungshilfeszusagen westlicher Staaten, den Zufluß von Investitionen, die Militärhilfe und das internationale Image der jeweiligen Regierung.

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf analysiert seit ihrer 37. Tagung im Jahre 1981 die Situation der Menschenrechte in El Salvador. Jedes Jahr wurde ein Sonderbeauftragter und ab 1992 ein unabhängiger Sachverständiger

Die persönliche Meinung

Keine falschen Hoffnungen, bitte

Groß waren die Hoffnungen auf eine neue Rolle der Uno, als vor vier Jahren die Berliner Mauer fiel und mit ihr die bipolare Weltordnung der Ost-West-Konfrontation. Denn – so die gängige Theorie – diese Konfrontation, repräsentiert durch das Verhältnis der beiden Großmächte und Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats USA und UdSSR, hatte die Uno über Jahrzehnte hinweg blockiert und ihre Handlungsfähigkeit beschränkt.

Die Rolle, die die Vereinten Nationen in den Konflikten in Somalia und im früheren Jugoslawien spielten und spielen, hat vielerorts zu großer Ernüchterung, Frustration, ja pauschaler Ablehnung der Weltorganisation geführt. Insbesondere angesichts der Katastrophe in Bosnien-Herzegowina, wo mit dem den Muslimen aufgezwungenen Friedensabkommen Massenerschießungen, ethnische Säuberungen und andere schwerwiegende Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht von der Uno (und der EG) inzwischen auch ganz offiziell sanktioniert wurden. Dennoch ist diese Haltung unpolitisch – so unpolitisch wie die Euphorie nach dem Fall der Berliner Mauer. Denn übersehen wird eine banale Tatsache, an die allerdings nicht häufig genug erinnert werden kann. Die Uno, wie sie auch in der verkürzten Sprache unserer Medien als angebliches Subjekt vorkommt, existiert nicht. Die völlig unabhängige, objektive Instanz, die quasi wie ein *Deus ex machina* in Konflikte eingreift, um sie gerecht für alle Beteiligten zu lösen, ist eine Illusion. Die Uno ist nicht mehr als ein höchst kompliziertes, in sich widersprüchliches Geflecht von inzwischen 184 Mitgliedstaaten, die mit ihren sehr verschiedenen Interessen, mit unterschiedlichem Gewicht und Einfluß die Politik der Uno bestimmen.

Am Konflikt in Ex-Jugoslawien läßt sich dies besonders deutlich zeigen. In diesen Konflikt wurden die UN erst sehr spät eingeschaltet – im Januar 1992, nachdem die EG, die NATO und die Westeuropäische Union sich mit völlig unzureichenden Vorkenntnissen und Mitteln, zeitweise in Konkurrenz zueinander und letztlich vergeblich, um eine politische Lösung bemüht hatten. Grund für das Scheitern waren nicht zuletzt die Differenzen, die die wichtigsten Akteure innerhalb dieser drei Institutionen (USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland) miteinander hatten. Zum Beispiel über die von Bonn betriebene frühzeitige Anerkennung einiger vormals jugoslawischer Republiken. Da dieselben Akteure – plus Rußland – im wesentlichen auch die Politik der Uno gegenüber dem Konflikt im früheren Jugoslawien bestimmten, kann es überhaupt nicht verwundern, daß die Einbeziehung der Vereinten Nationen nicht zu anderen Ergebnissen führte.

Die simple und bittere Wahrheit ist: Im Jugoslawienkonflikt hat es einen gemeinsamen politischen Willen und ein von gleichen Zielen bestimmtes politisches Handeln der in der Uno und in ihrem entscheidenden Gremium, dem Sicherheitsrat, versammelten Staaten zu keinem Zeitpunkt gegeben. Die unzureichende Finanzierung der Blauhelm-Operation in Kroatien und Bosnien, die daraus folgende mangelnde Ausstattung der UNPROFOR mit gepanzerten Fahrzeugen und anderem schweren Gerät, an der wiederum die Durchführung wichtiger Aufträge im humanitären Bereich scheiterte – dies alles sind lediglich Konsequenzen des politischen Defizits.

Konflikt Szenarien wie in Bosnien und in Somalia erfordern, zusätzlich zu den weiterhin wichtigen klassischen 'Peace-keeping'-Einsätzen à la Zypern oder Golan, eine neue Aufgabenbeschreibung für Blauhelme. Es wird in absehbarer Zeit wahrscheinlich kaum gelingen, in einer revidierten Charta ein klares operatives Mandat für jene Einsätze von UN-Truppen zu formulieren, die in der Grauzone zwischen bisherigen friedenssichernden Operationen und offensiven Kampfeinsätzen liegen. Doch selbst wenn dies gelingen sollte, wäre die Uno damit allein gegen Desaster wie in Bosnien keineswegs gefeit. Notwendige Bedingung hierfür wäre eine Reform der Weltorganisation an Haupt und Gliedern. Doch die ist derzeit nicht in Sicht.

Andreas Zumach □